

Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl

IGAB stellt Kandidaten und Arheilger Themen vor

Wieder einmal hat die Interessengemeinschaft Arheilger Bürger (IGAB) vor Wahlen – jetzt zur Kommunalwahl am 6. März - Kandidaten und die Arheilger Wähler zu einem Bürgergespräch eingeladen. Am vergangenen Donnerstag fand eine Podiumsdiskussion mit Stadtverordneten der im Stadtparlament vertretenen Parteien statt. Dr. Hartwig Richter von der IGAB begrüßte die zahlreich Erschienenen und stellte den Moderator der Podiumsdiskussion Christoph Schäfer vor, der in Arheilgen aufgewachsen und heute Lehrer in Rüsselsheim ist. Durch ihn wurden die Teilnehmer der Diskussionsrunde vorgestellt. Für B90/ Die Grünen war deren Fraktionsvorsitzende Hildegard Förster-Heldmann erschienen. Die CDU hatte mit Wilhelm Kins einen Arheilger Bürger benannt, der sich als Mitstreiter der ersten Stunde in der IGAB bekannte. Ebenfalls Arheilger ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hanno Benz. Für die Fraktion UFFBASSE war Georg Hang vertreten, und für die FDP erschien Ralf Arnemann, ebenfalls aus Arheilgen. Für die UWIGA nahm Helmut Klett aus Arheilgen teil und Die Linke hatte Werner Krone geschickt. Man spürte: die Veranstalter hatten gute Vorarbeit geleistet, so dass alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien teilnehmen konnten.

Zu den zu behandelnden fünf Schwerpunkten Arheilger Politikaufgaben trug jeweils ein Vertreter der IGAB konzentriert den Hintergrund der Themen vor. Am Anfang stand die Fluglärmbelastung, die am Tag immer noch erheblich ist und mit dem weiteren Ausbau des Flughafens zunehmen wird. Es folgte der Umbau der Frankfurter Straße vor der Firma Merck sowie die Umleitungssituation des Kanalneubaus in der Frankfurter Straße. Vorschläge für den Tausch der Straßenbahnlinie 4 und 7 und die Überlegungen den A- und AH-Bus durch einen Ringbus zu ersetzen betrafen das Thema ÖPNV.

Ein Dauerthema in Arheilgen ist die Fluglärmbelastung. Bei der jetzigen Abflugroute werden in Arheilgen, Kranichstein und Wixhausen 34.000 Einwohner belastet. Bei einer Verlagerung der Route nach Norden um drei Kilometer über das Waldstück zwischen Erzhausen und Wixhausen würde eine erhebliche Entlastung entstehen, trug die Sprecherin für Fluglärm, Frau Lewin vor. Die Politiker auf dem Podium wiesen auf die geringen Möglichkeiten der Stadt, als Mitglied in der Fluglärmkommission Einfluss zu nehmen, hin. Es bestehe hohes Interesse von Seiten der Stadt an einer Verschiebung der Abflugroute, um einerseits die hohe Anzahl Belasteter zu senken andererseits die Erschließung neuer Baugebieten, die dringend gebraucht werden, möglich zu machen.

Umstrittenes Thema in den letzten Monaten und Wochen waren Pläne der Firma Merck, die von der Stadt übernommen wurden, die Frankfurter Straße auf zwei Spuren zurück zu bauen und auf einer Strecke von 130 Metern auf Tempo 30 zu reduzieren. Die IGAB und viele Arheilger befürchten, dass mit dieser Einengung vor allem zu Arbeitsbeginn und Arbeitsende es zu Staus kommt, und die Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer durch den Wegfall der Ampeln abnimmt. Die IGAB fordert u. a. die Beibehaltung der Vierspurigkeit, zumal damit zu rechnen ist, dass die Einwohnerzahl Arheilgens und Wixhausens weiter steigen wird. Förster- Heldmann verwies darauf, dass es eine nochmalige

Überprüfung der Pläne geben wird, die anderen Teilnehmer der Runde teilten die Befürchtungen der IGAB.

Ein weiteres Problem ist der notwendige Neubau des Kanals zwischen Nordbahnhof und Virchowstraße, der in drei Bauabschnitten zwischen Mai 2016 und August 2017 erfolgen soll. Der Verkehr in der Frankfurter Straße ist zeitweise nur in einer Richtung gewährleistet. Die Umleitung sollte, so die IGAB, möglichst ortsnahe erfolgen. Die bisherigen Pläne sehen teilweise eine weiträumige Umfahrung vor. Die Politikvertreter am Podium und die Besucher der Veranstaltung waren der Meinung, dass es Möglichkeiten einer kürzeren Umfahrung geben muss – die Umleitung über den Parkplatz der Firma Merck bietet sich an - dazu fehlt aber bislang die Zustimmung von Merck.

Einig waren sich die Stadtverordneten auf dem Podium mit dem Publikum, die derzeitigen zwei Buslinien AH und A zu einer Ringbuslinie zu kombinieren, um die Erschließung des Stadtteils zu optimieren. Umstritten ist derzeit die Streckenführung zwischen Mühlchen und Bahnstrecke. Um die Strecke für den PKW-Verkehr zu sperren, wurde von Kins der Vorschlag gemacht, mit versenkbaren Pollern die Durchfahrt zu verhindern. Jedenfalls könnten der Westen Arheilgens und der S-Bahn-Halt mit dem Osten Arheilgens und mit Kranichstein durch einen Ringbus bestens bedient werden.

Guten Zuspruch sowohl von der Politik auf dem Podium wie vom Publikum erhielt der IGAB-Vorschlag zum Linientausch der Arheilger Straßenbahnlinie 7 mit der Kranichsteiner Linie 4, wodurch erreicht würde, dass man halbstündlich von Arheilgen in Fußgängernähe von Hauptbahnhof/Telekom/Esoc kommt und ebenfalls halbstündlich von Kranichstein nach Eberstadt durchfahren könnte. Zugleich würde auch ein Siebeneinhalbminutentakt für die Anbindung Arheilgens mit der Innenstadt erreicht werden.

Beide ÖPNV-Vorschläge müssten aber in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Aus dem Publikum wurde darauf hingewiesen, die beiden Maßnahmen, Umbau der Frankfurter Straße und Neubau des großen Sammlers, übergreifend in Angriff zu nehmen vor allem um Bauzeit zu sparen. Auch wurde der desolate Zustand am Nordbahnhof beklagt. Doch die Podiumsteilnehmer verwiesen auf die Zuständigkeit der Bahn. Vorschläge für Verbesserungen seien auch von Seiten der IGAB erfolgt und von der Bahn abgelehnt worden.

Nach fast dreistündiger Diskussion ging das Bürgergespräch zur Kommunalwahl am 6. März zu Ende. Die Besucher konnten sich ein Bild machen von den Arheilger Anliegen, von den Kandidaten zur Kommunalwahl und ihren Vorstellungen den Stadtteil betreffend. Es wurde von Dr. Richter darauf hingewiesen, dass die Wahl durch die Möglichkeiten des Panaschierens und Kumulierens auch eine Persönlichkeitswahl darstellt. Vom Podium kam die Feststellung, dass die Arheilger sachkundige, interessierte und engagierte Bürger sind.